



Protokollauszug

aus der
56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 06.11.2002

öffentlich

**Top 7.13 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit
02/SVV/0782
geändert beschlossen**

Die Vorlage wird durch den Stadtverordneten Dr. Scharfenberg namens der Fraktion PDS eingebracht.

Ergänzungsantrag:

Die Fraktion CDU beantragt:

Die Beschlussvorlage wird um folgenden Text ergänzt:

Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 27. November den Entwurf einer Petition an den Deutschen Bundestag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Diese Ergänzung wird durch die Fraktion PDS übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Bundesregierung auf, die in Aussicht gestellte Ansiedlung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit am Standort Potsdam zu vollziehen und damit dem Beschluss der Föderalismuskommission des Deutschen Bundestages von 1992, neu einzurichtende Bundesbehörden in den neuen Bundesländern anzusiedeln, zu entsprechen.

Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 27. November den Entwurf einer Petition an den Deutschen Bundestag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**